

**Ergebnisprotokoll  
der 10. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung  
und Energie vom 12.04.2012**

Beginn: 15.45 Uhr  
Ende: 17.10 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann in Vertretung für Herrn  
Schmitz  
Herr Gottschalk  
Herr Sulimma  
Frau Kennard  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp in Vertretung für Frau Neu-  
meyer  
Herr Imhoff  
Herr Strohmänn

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Frau Kamp  
Frau Sewz  
Frau Kleemann  
Herr Höing  
Herr Dr. Lampe  
Herr Viering  
Herr Kreykenbohm  
Herr Musiol  
Herr Polzin  
Frau Dr. Kellner-Stoll  
Frau Weikopf  
Frau Urban  
Herr Eickhoff  
Herr Schneider

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-  
kehr

Herr Dr. Weigel  
Frau Schumpp  
Frau Nanninga  
Frau Pieper  
Frau Osterloh  
Herr Gellhaus  
Herr Koch  
Herr Kristen

ASV  
GeoInformation  
Umweltbetrieb Bremen  
Senatskanzlei

**III Gäste**

Herr Oertel  
Herr Kahl  
Herr Blanke  
Herr Berger  
Herr Dr. Hoppe

Naturschutzbeirat  
OAL Oberneuland  
Beiratssprecher Huchting  
Beiratsmitglied Huchting  
Dr. Pecher AG

**IV Gastdeputierte**

Frau Dr. Schierenbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 10. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Herr Senator Dr. Lohse teilt mit, dass der Punkt

TOP 13	<b>Bebauungsplan 2428 - 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 Baugesetzbuch - für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße, nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweye-Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße -Bericht der Deputation- -FB 01-</b>	Vorlage 18/121
--------	--	-------------------

ausgesetzt und im Mai behandelt werden soll.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

- einstimmig -

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll 18/09 der Sitzung am 08.03.2012)	
-------	---	--

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll 18/09 vom 08.03.2012 zu.*

- einstimmig -

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe Land.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

- einstimmig -

<b>TOP 4</b>	<b>Bebauungsplan 2432 für ein Gebiet in Bremen-Mitte zwischen Bahnhofsplatz, An der Weide und Parkallee: ehe- maliges Postamt 5</b>  <b>- Planaufstellungsbeschluss</b> -FB 01-	Vorlage 18/122
--------------	--	-------------------

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Mitte zwischen Bahnhofsplatz, An der Weide und Parkallee (ehemaliges Postamt 5) ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“*

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.“*

- einstimmig -

<b>TOP 5</b>	<b>Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 156. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Oldenburger Straße (B75), Richard-Dunkel-Straße, Flughafendamm, Dortmunder Straße (beiderseits) und Gelsenkirchener Straße (zum Teil beiderseits)</b>  -64- / -FB 01-	Vorlage 18/113
--------------	--	-------------------

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 156. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Oldenburger Straße (B75), Richard-Dunkel-Straße, Flughafendamm, Dortmunder Straße (beiderseits) und Gelsenkirchener Straße (zum Teil beiderseits) zu.“*

- einstimmig -

<b>TOP 6</b>	<b>Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 99. Änderung Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt</b> <b>- Südseite Europahafen (Änderungsbereich 99. A)</b> <b>- Nördlich Konsul-Smidt-Straße (Änderungsbereich 99. B)</b> <b>-Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie</b> -62- / -FB 01-	Vorlage 18/115
--------------	--	-------------------

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Entwurf des Planes zur 99. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 Bremen-Walle Südseite Europahafen (Änderungsbereich 99. A) Nördlich Konsul-Smidt-Straße (Änderungsbereich 99. B) (Bearbeitungsstand 15.04.2011).“*

- einstimmig -

<b>TOP 7</b>	<b>Bebauungsplan 2409 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Konsul-Smidt-Straße, Marcuskaje, Am Waller Freihafen, Überseetor, Hafenstraße und Hafendamm</b> <b>- Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung</b> <b>- Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie</b> -62- / -FB 01-	Vorlage 18/114
--------------	--	-------------------

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs 2409 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Konsul-Smidt-Straße, Marcuskaje, Am Waller Freihafen, Überseetor, Hafenstraße und Hafendamm (Bearbeitungsstand: 08.03.2012) abgesehen wird.“*

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplans 2409 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Konsul-Smidt-Straße, Marcuskaje, Am Waller Freihafen, Überseetor, Hafenstraße und Hafendamm (Bearbeitungsstand: 08.03.2012).“*

- einstimmig -

<b>TOP 8</b>	<b>Bebauungsplan 2399 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Hansator, An der Reeperbahn und Auf der Muggenburg</b> <b>- Planaufstellungsbeschluss</b> <b>- Öffentliche Auslegung</b> -FB 01-	Vorlage 18/118
--------------	--	-------------------

**Herr Höing** fragt nach, ob Interesse besteht, in der kommenden Deputation einen aktuellen Überblick über die Weiterentwicklungen in der Überseestadt zu erhalten. In dem Zusammenhang könne auch über die Anbiethalle sowie die weitere geplante Wohnbebauung diskutiert werden.

Die Deputierten begrüßen dies.

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Planentwurfes ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2399 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Hansator, An der Reeperbahn und Auf der Muggenburg (Bearbeitungsstand: 19.03.2012) einschließlich Begründung zu.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2399 für ein Gebiet in Bremen – Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen Hansator, An der Reeperbahn und Auf der Muggenburg (Bearbeitungsstand: 19.03.2012) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

- einstimmig -

<b>TOP 9</b>	<b>Bebauungsplan 2418 für ein Gebiet in Bremen-Woltmershausen an der Ludwig- Erhard-Straße und der Senator-Harmssen-Straße</b> - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung -64- / -FB 01-	Vorlage 18/116
--------------	--	-------------------

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Bebauungsplanentwurfes 2418 für ein Gebiet in Bremen - Woltmershausen an der Ludwig-Erhard-Straße und der Senator-Harmssen-Straße (Bearbeitungsstand: 08.02.2012) ein Bebauungsplan nach § 13a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).“

2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2418 für ein Gebiet in Bremen – Woltmershausen an der Ludwig-Erhard-Straße und der Senator-Harmssen-Straße (Bearbeitungsstand: 08.02.2012) einschließlich Begründung zu.“

3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB der Entwurf des Bebauungsplanes 2418 für ein Gebiet in Bremen – Woltmershausen an der Ludwig-Erhard-Straße und der Senator-Harmssen-Straße (Bearbeitungsstand: 08.02.2012) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

- einstimmig -

TOP 10	<b>Bebauungsplan 2434 für ein in Bremen – Gröpelingen zwischen Riedemannstraße, Große Riehen, Pulverberg, Wohlers Eichen und Bahnanlagen Beim Industriefafen</b>  <b>-Planaufstellungsbeschluss</b> -62- / -FB 01-	Vorlage 18/123
--------	---	-------------------

**Herr Pohlmann** bedankt sich für die kurzfristige Erstellung der Vorlage. Es gehe hier um Entwicklungsperspektiven von Gewerbe in größtmöglichem Einklang mit der anliegenden Wohnbebauung.

*1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen- Gröpelingen zwischen Riedemannstraße, Große Riehen, Pulverberg, Wohlers Eichen und Bahnanlagen Beim Industriefafen ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.“*

*2. „Die Deputation für Bau und Verkehr nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.“*

- einstimmig -

TOP 11	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Golf-Clubhauses am Heinrich- Baden-Weg in Bremen-Oberneuland</b> <b>-Öffentliche Auslegung</b> -FB 01-	Vorlage 18/119
--------	---	-------------------

Auf Bitte von **Herrn Pohlmann** erläutert **Herr Viering** die Alternativen zur Wegeführung. Mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung über den Heinrich-Baden-Weg seien auch Erschließungsbeiträge für die Anwohner verbunden. Es werde versucht, diese Kosten möglichst gering zu halten. Daher habe man geprüft, ob es auch andere Lösungen gebe.

**Herr Ortsamtsleiter Kahl** erklärt, dass der Beirat den Planungen zustimme. Der Beirat gehe davon aus, dass durch den Neubau eines Golf-Clubhauses keine verkehrlichen Zusatzbelastungen stattfinden würden. Durch den Neubau werde zudem der Erhalt des Clubs gesichert.

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Golf-Clubhauses am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 28.02.2012) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt wird.“*

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errich-*

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Golf-Clubhauses am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 28.02.2012) mit Begründung zu.“*

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 80 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Golf-Clubhauses am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 28.02.2012) mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“*

- einstimmig -

<b>TOP 12</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 81 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Fitnessgebäudes am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland</b> <b>- Planaufstellungsbeschluss</b> <b>- Öffentliche Auslegung</b> -FB 01-	Vorlage 18/120
---------------	---	-------------------

**Herr Ortsamtsleiter Kahl** begrüßt die Maßnahme, durch die seiner Auffassung nach Mitglieder gebunden und neu hinzugewonnen werden können.

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 81 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Fitnessgebäudes am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 28.02.2012) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt wird.“*

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 81 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Fitnessgebäudes am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 28.02.2012) mit Begründung zu.“*

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 81 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Fitnessgebäudes am Heinrich-Baden-Weg in Bremen-Oberneuland (Bearbeitungsstand: 28.02.2012) mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“*

- einstimmig -



TOP 13	<b>Bebauungsplan 2428</b> <b>- 2. Änderung des Bebauungsplanes 1365 gemäß § 13 Baugesetzbuch -</b> <b>für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen</b> <b>beiderseits der Bordeaux-Straße, westlich Olbersstraße,</b> <b>nördlich Eisenbahnstrecke Kirchweye-Sagehorn und östlich La-Rochelle-Straße</b> <b>-Bericht der Deputation</b> <b>-FB 01-</b>	Vorlage 18/121
--------	---	-------------------

**Herr Arndt** bittet darum, dass in die textlichen Festsetzungen „*offene Fugen im Bereich der Parkplätze*“ mit aufgenommen werden. **Herr Viering** erklärt, dass der Frage nochmals nachgegangen werde.

- Aussetzung -

TOP 14	<b>Beteiligungsverfahren im Rahmen der der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2020/2025 (VEP)</b> <b>-5-</b>	Vorlage 18/117
--------	---	-------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** weist auf die redaktionell fehlerhafte Bezeichnung der Deputation hin.

**Herr Hipp** spricht die Bürgerforen an. Er bittet um Auskunft, nach welchen Kriterien die Stadtteile zueinander sortiert wurden, da es sich um Stadtteile mit sehr unterschiedlichen Befindlichkeiten und Problemlagen handelt.

**Herr Polzin** erklärt, dass vor allem verkehrlich zusammenhängende Räume ausgewählt wurden. Hierbei habe man sich auf 5 Foren festgelegt. Es gebe eine Abweichung von den eigentlichen Bezirken, da für die Untersuchungen zum VEP Schwachhausen von der Vahr getrennt wurde, obwohl es eigentlich ein Ortsamtsbereich sei.

**Herr Senator Dr. Lohse** weist auf die Auftaktveranstaltung am 03.05.2012 hin.

*Die Deputation für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt dem Verfahren zur Bildung eines Projektbeirats, zur Beteiligung der Verbände, der Fraktionen, der Bürgerinnen und Bürger, der Beiräte und der Träger öffentlicher Belange an der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2020/2025 zu.*

- einstimmig -

TOP 15	<b>Dauerhafte Einführung und Betrieb einer Ortsbuslinie 82 im Bremer Stadtteil Gröpelingen</b> <b>-51-</b>	Vorlage 18/111
--------	---	-------------------

**Herr Pohlmann** weist auf die lange Historie hin. Die Linie wurde im Probetrieb sehr gut angenommen. Mit dem Ortsbus könne die Mobilität im Quartier deutlich erhöht werden. Daher sei sehr zu begrüßen, dass der Bus nun auf Dauer eingesetzt wird.

**Herr Strohmam** fragt nach, ob so ein Quartiersbus auch in anderen Bereichen eingesetzt werden kann.

**Herr Staatsrat Golasowski** erklärt, dass sich die BSAG mit dem Thema Stadtteilbusse in Zukunft stärker beschäftigen wird. Weitere Bedarfe werden geprüft. Ggf. können diese im Rahmen des ÖDLA ebenfalls abgedeckt werden.

**Herr Arndt** bittet darum, besonders die Bereiche Hemelingen, Sebaldsbrück und Osterholz zu überprüfen.

**Herr Saxe** bittet darum, sich verstärkt über das Weiterkommen in die kleinteiligen Verästelungen der Quartiere Gedanken zu machen.

**Frau Kennard** bittet bei künftigen Testbetrieben intensiver über die angebotenen Abfahrtszeiten nachzudenken. Dies gelte insbesondere für Hemelingen. **Herr Hamann** ergänzt, dass dies auch besser mit den ansässigen Gewerbetrieben, z.B. Daimler, Eisenbahnausbesserungswerk Sebaldsbrück, abgestimmt werden sollte.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage Nr. 18/111 (S) für einen dauerhaften Betrieb einer Ortsbuslinie 82 im Bremer Stadtteil Gröpelingen zur Kenntnis.*

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) beschließt, dass ein dauerhafter Betrieb der Ortsbuslinie 82 in Gröpelingen durchgeführt werden soll.*

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Ausschreibung für die Arbeiten an den für den Dauerbetrieb vorgesehenen Haltestellen vorzubereiten und nach Beschluss des bremischen Haushalts die bauliche Umsetzung durchzuführen.*

- einstimmig -

<b>TOP 16</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 16a)</b>	<b>Teilentwidmung von Radwegen -ASV-</b>	<b>BdV mündlich</b>

**Frau Osterloh** erläutert, dass der Titel des Tagesordnungspunktes missverständlich sei. Im eigentlichen Sinne gehe es um die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht. **Frau Osterloh** erläutert ausführlich das Thema.

**Herr Arndt** bittet darum, die Thematik den Anwohnern Am Hulsberg in geeigneter Weise nahe zu bringen, beispielsweise im Rahmen einer Beiratssitzung. Es müsse dort eine Verkehrssituation geschaffen werden, mit der Radfahrer sich sicher fühlen können.

**Herr Imhoff** und **Herr Pohlmann** bitten darum, diesen Bericht auch schriftlich zu erhalten.

**Herr Pohlmann** erklärt, dass vielen Menschen die Radwegebenutzungspflicht unklar sei und Unsicherheit besteht. Aus Sicht von **Herrn Pohlmann** müsse unabhängig davon die Frage von Perspektiven und Entwicklung von Fahrradwegen /- trassen ausführlich in der Deputation behandelt werden.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass dies im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes erfolgen wird. Gleichwohl könne sich auch die Deputation mit dieser Frage beschäftigen.

Auf Frage von **Herrn Imhoff** erklärt **Frau Osterloh**, dass die Benutzungspflicht auf den Radwegen keinesfalls deshalb aufgehoben wird, weil dort die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet sein könnte. Vielmehr sei die Motivation für die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht die Umsetzung der Gesetzgebung, die bereits seit 1998 existiert. Solche Radwege, die auch ohne Benutzungspflicht zur Verfügung stehen, werden weiterhin in einem guten Zustand erhalten. Sollte ein Radweg nicht mehr benutzbar sein, so müsste er ggf. gesperrt werden.

**Frau Dr. Schaefer** begrüßt, dass man als RadfahrerIn durch die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht mehr Möglichkeiten hat. Z.B. könne man im Winter besser auf geräumten Straßen fahren als auf nicht geräumten Radwegen. Es bedürfe aber auf jeden Fall noch weiterer Aufklärungsarbeit insbesondere bei den Verkehrsteilnehmern/-nehmerinnen. Es sei für die Autofahrer wichtig zu wissen, dass es den Radfahrern ausdrücklich erlaubt ist, die Straße zu benutzen, sofern die Radwegebenutzungspflicht aufgehoben wurde. Ebenso müssen die Radfahrer wissen, dass sie in dem Fall auf der Straße fahren dürfen. Dies sei noch in weiten Teilen unklar. **Frau Dr. Schierenbeck** schließt sich dem an.

**Herr Senator Dr. Lohse** vertritt die Auffassung, dass die Berichterstattung im Weser-Kurier vergleichsweise wenig zur Aufklärung beigetragen habe. Je mehr Menschen sich den Raum auf der Straße nehmen, desto mehr Menschen gewöhnen sich auch daran. In der Humboldtstraße habe der Beirat Mitbestimmungsrechte, während die Frage der Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht die Umsetzung von Bundesrecht darstelle.

Auch **Herr Saxe** vertritt die Auffassung, dass diese Regelung die Sicherheit der FahrradfahrerInnen objektiv erhöht. Der Fahrradweg sei in vielen Bereichen, z.B. in Straßeneinmündungen, unsicherer. Die Möglichkeit, die Fahrbahn zu nutzen, erhöhe daher aus seiner Sicht die Sicherheit.

**Herr Blanke** vom Beirat Huchting spricht die Huchtinger Heerstraße an. Seit sehr langer Zeit gebe es dort einen maroden Radweg. Dies sei bedingt durch Baumwurzeln. Alle Versuche, den Radweg sanieren zu lassen, seien gescheitert. Dem Beirat sei angeboten worden, den Radweg auf der Straße zu führen. Die Bundesgesetzlage sei aus seiner Sicht so, dass die Regelung an bestimmte Breiten eines Radweges geknüpft wurde. Alles Schmalere sei dann kein Radweg mehr, sodass eigentlich der umgekehrte Weg eingeschlagen und der Radweg verbreitert werden müsste. Der Platz hierfür sei vorhanden, wenn man die Straße entsprechend schmaler gestaltet. Er habe Probleme damit, die Radfahrer als Bollwerk insbesondere gegen den LKW-Verkehr zu benutzen.

**Frau Osterloh** erläutert, dass es nicht möglich sei, in der stadtauswärtigen Richtung einen Radweg herzustellen. Dies sei durch das ASV mehrfach geprüft worden. Alternativ können die Radfahrer durch einen Radstreifen auf der Fahrbahn sicher geführt werden. Die Fahrbahn und auch der Fahrradstreifen seien breit genug, um dem Radfahrer Sicherheit zu geben. **Frau Osterloh** sieht wie **Herr Saxe** den Vorteil, dass die Radfahrer tatsächlich besser von den Autofahrern gesehen werden. Die Angst vor einer Gefahrensituation sei daher eher subjektiv. Tatsächlich trete eine Erhöhung der Sicherheit ein. Die Eigenverantwortung der Verkehrsteilnehmer solle gestärkt werden.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 16b)</b>	<b>Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr/ Weyhe</b> <b>Ergebnisse der Variantenuntersuchung</b> -5-	Vorlage 18/127
---------------------	--	-------------------

**Herr Pohlmann** erklärt, dass es über die dargestellten Varianten viele Diskussionen vor Ort geben werde. Unter Punkt 5 der Vorlage werde dargestellt, dass im Zeitraum von Ende April bis Juni ein umfassender Beteiligungsprozess in Huchting stattfinden soll. Dies sei sehr wichtig. Dann solle (gemeinsam auch mit Vertretern der Beiräte und über alle Fraktionsgrenzen hinweg) eine zweite Beratung durchgeführt werden. Alle dargestellten Fragen müssten im Dialog oder aber auch im Streitgespräch mit den Bürgerinitiativen und weiteren Beteiligten beantwortet werden. **Herr Pohlmann** hält es für wichtig, dass auch die Abgeordneten / Deputierten sich in den Diskussionsprozess einbringen und vor Ort anwesend sind. Vor der Sommerpause könne dann ein Beschluss gefasst werden.

**Herr Senator Dr. Lohse** bestätigt dies. Es sei Aufgabe der Deputation über die strategischen Fragen des Ausbaus des Liniennetzes zu entscheiden. Natürlich müssten die Beiräte aber umfangreich eingebunden werden. Der Charakter des Papiers habe sich noch von einem Bericht in eine Vorlage verändert, da sich das Ressort die Zustimmung der Deputation zum Verfahren einholen wollte.

**Herr Polzin** berichtet, dass das 1. Bürgerforum in Huchting voraussichtlich am Montag, den 7. Mai 2012, stattfinden wird.

**Herr Berger** vom Beirat Huchting erklärt, dass der Senator in einem Vorgespräch eine echte Variantenprüfung zugesagt habe. Nach Durchsicht der Vorlage bedauert der Beirat, dass die eigentliche Variantenklärung zwischen Kirchhuchtinger Landstraße (KHL) und BTE - Eisenbahntrasse hier zu wenig Beachtung findet. Der Beirat habe in der kommenden Woche ein nicht öffentliches Vorgespräch. Der Beirat vertritt die Auffassung, dass die Variante KHL nicht ernsthaft genug und gut belegt geprüft wurde. Der Beirat bittet, dies bis zur nicht öffentlichen Sitzung nachzuholen. **Herr Berger** erklärt, dass der Beirat von Beginn an auf das Beteiligungsverfahren verwiesen habe. Insofern sei es der richtige Weg, nun diese Beteiligung auch allen Huchtingern zu ermöglichen.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass dem Beirat in einem Vorgespräch zugesagt wurde, dass auch Fragen zu der Trassenentscheidung einer Überprüfung zugänglich gemacht werden. Zu jeder Frage werde daher Rede und Antwort gestanden.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.*

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Vorlage in einem öffentlichen Beteiligungsverfahren in Huchting vorzustellen, mit dem Beirat Huchting zu erörtern, darüber in der Juni-Sitzung zu berichten und einen Beschlussvorschlag für die weiterzuverfolgende Variante vorzulegen.*

- einstimmig -

TOP 16c)	<b>Ermittlung von Bodenrichtwerten</b> -GeoInformation-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Imhoff** erklärt, dass er hierzu Fragen habe, die er jedoch mit Externen klären müsse. Ggf. werde er in der Deputation erneut auf das Thema zurückkommen.

*Die Deputation Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 16d)	<b>Umgang mit Starkregen in Bremen – Konzept der Arbeitsgruppe</b> -33-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Dr. Weigel** stellt **Herrn Dr. Hoppe** von der Dr. Pecher AG vor und weist darauf hin, dass ein Punkt in dem vorgelegten Bericht sich bereits überholt hat. Das Ressort habe beim Bundesumweltministerium einen Förderantrag gestellt. Die beantragten Kosten werden anerkannt und zu 60 % (270.000 €) gefördert. Das Projekt beschäftige sich mit Extremregenereignissen, und zwar mit dem Wasser auf den Straßen. Es gehe dabei nicht um das Thema Rückstauschutz. Das Projekt zum Thema Rückstauschutz laufe weiter parallel mit hanseWasser.

**Herr Hoppe** erläutert anhand einer Powerpointpräsentation ausführlich die Erfahrungen und Erkenntnisse sowie die Arbeit der Dr. Pecher AG zur gleichen Thematik im Ruhrgebiet.

**Herr Imhoff** bedankt sich für den mündlichen Vortrag. Er habe gehört, dass bei Kanalerneuerungen in Bremen die Kanalquerschnitte verringert werden. Diese verringerten Querschnitte sollen angeblich durch technische Anlagen ausgeglichen werden. Sofern dies zutrifft, sollten diese Erkenntnisse auch mit in die anzustellenden Berechnungen aufgenommen werden.

**Herr Gottschalk** hält es für wichtig, nach einem Blick zurück und Ursachenforschung nun auch in die Zukunft zu blicken und hier ein Projekt in Angriff zu nehmen, das Pilotcharakter habe. Er sei sehr gespannt auf die Ergebnisse und Empfehlungen. Gerade auch die Information der Bürgerinnen und Bürger sei extrem wichtig. Es müsse geprüft werden, ob Flyer allein ausreichen, um die Bevölkerung zu informieren.

**Frau Dr. Schaefer** fragt nach, inwieweit Überflutungs- und Rückstauflächen mit eingerechnet werden. Sie bittet darum, dass die Deputation kontinuierlich über aktuelle Entwicklungen unterrichtet wird.

**Herr Pohlmann** erinnert an die beiden Extremregenereignisse, die zu Überflutungen geführt haben. Es sei wichtig so viele Facetten wie möglich im Zusammenhang mit diesem Thema zu beleuchten. Er habe großes Interesse daran, den weiteren Prozess mit zu gestalten. Die von **Herrn Imhoff** aufgeworfenen Fragen müssten hierbei mit beantwortet werden. Zudem müssten neben einer Handlungsstrategie auch Finanzierungskonzepte ausgearbeitet werden. Dabei sollen auch die Beiräte, ggf. auch Bürgerinitiativen, beteiligt werden.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 16e)</b>	<b>Sachstandsbericht zu Kompensationsflächenpools im Land Bremen</b> -3-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	---	--------------------	-----

Siehe Land.

*Die Deputation Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 16f)</b>	<b>Statusbericht Grüne Schule Botanika</b> -FBU 01-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** bedankt sich für den aufschlussreichen Bericht. Die Entwicklung zu den Besucherzahlen sei sehr positiv. Dies mache deutlich, welchen wichtigen Status die Umweltbildung habe.

**Herr Musiol** verteilt eine Broschüre zum Grünen Klassenzimmer mit detaillierten Informationen für Besuche von Schulklassen und Kindergartengruppen.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 17)</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>Top 17a</b>	Nutzungsänderung für die Funkschneise 13	

**Frau Kennard** spricht einen Antrag auf Nutzungsänderung für die Funkschneise 13 in Hemelingen. Offenbar möchte sich dort eine Firma ansiedeln, die mit Abfällen handelt bzw. ein Lager betreiben möchte.

**Frau Nanninga** berichtet, dass es sich um ein bundesimmissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren handelt. Eine Firma habe einen Antrag auf Zwischenlagerung von Abfällen gestellt, die z.T. auch als gefährliche Abfälle eingestuft werden (in einer Menge von bis zu 90 Tonnen). Dies soll in einer vorhandenen Lagerhalle erfolgen. Das Ressort sei für die Genehmigung zuständig. Die Antragsunterlagen seien an alle zu beteiligenden Fachbehörden versendet worden. Über die Bauordnung sei auch der Beirat informiert worden. In der kommenden Woche werde eine öffentliche Beiratssitzung folgen. Die Stellungnahme der Bauordnung sowie die Stellungnahme des Beirates liege noch nicht vor.

**Frau Kennard** hält den Fall für schwierig, da die Lagerung von z.T. gefährlichen Stoffen in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung erfolgen soll. Zudem sei es problematisch, dass Lagerstätten für gefährliche Abfälle über die gesamte Stadt verteilt werden. Es sei zielführend solche Standorte zu bündeln.

**Herr Hamann** fragt nach, welche Art von Stoffen in Hemelingen gelagert werden sollen.

**Frau Nanninga** bestätigt, dass dort nur eine Zwischenlagerung und keine Abfallbehandlung stattfinden soll. Auch hierzu müssten die technischen Anforderungen erfüllt werden. Die Feuerwehr habe ein umfangreiches Sicherheitskonzept von der Firma abverlangt. Sofern alle rechtlichen Anforderungen erfüllt werden, gebe es einen Anspruch auf Genehmigung.

**Herr Arndt** weist darauf hin, dass zwischen Lagerhalle und Wohnbebauung nur ca. 50 Meter Abstand bestehen. Ein ähnlicher Unfall wie in Oslebshausen könne auch hier passieren. Auch in einem Mischgebiet (wie im vorliegenden Fall) dürfe man nicht davon ausgehen, dass jedes Vorhaben gleich zu bewerten ist. Er gehe davon aus, dass der Beirat sich in seiner kommenden Sitzung gegen das Vorhaben aussprechen wird.

**Herr Senator Dr. Lohse** weist darauf hin, dass sich das Ressort ggf. an den Rechtsanspruch auf Genehmigung des Antrages halten müsse, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt seien. Damit sei der Verhandlungsspielraum abschließend beschrieben.

**Frau Kennard** fragt nach, welche Steuerungsmöglichkeiten die Verwaltung habe und bittet um Auskunft, ob z.B. eine Veränderungssperre möglich sei.

**Herr Hipp** hält die Aussagen von **Frau Nanninga** hinsichtlich des Rechtsanspruchs auf Genehmigung für unbefriedigend, da ihm nicht nur die Zwischenlagerung gefährlicher Stoffe in unmittelbarer Wohnbebauungsnähe sondern auch der Transport durch die Stadt Sorgen bereite. **Herr Hipp** bittet um Auskunft, in welchen Bereichen Bremens die Lagerung gefährlicher Stoffe zulässig ist. Zudem müsse überdacht werden, ob aus heutiger Sicht früher genehmigte Lagerstätten an den jeweiligen Standorten noch richtig seien. Es müsse geprüft werden, ob Handlungsbedarfe in Bezug auf die Anpassung von Bebauungsplänen gebe. Die Deputation sollte sich seiner Auffassung nach mit dieser Thematik eingehender befassen.

**Frau Nanninga** erläutert, dass der Beirat über die Bauordnung in das Verfahren einbezogen werde. Die Bauordnung werde prüfen und die Stellungnahme des Beirates in seine Abwägung einbeziehen. Sofern die planungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sein sollten, werde das Votum der Bauordnung entsprechend ausfallen müssen.

**Herr Viering** erklärt, dass ihm der konkrete Antrag unbekannt sei. Grundsätzlich gebe es die Möglichkeit einer Veränderungssperre. Solche Maßnahmen könnten aber nicht beliebig durchgeführt werden. Ggf. könne gegen die Stadt auch ein Planungsschaden geltend gemacht werden, da auf bestehendes Planungsrecht vertraut wurde. Der Fall müsse noch eingehend geprüft werden.

<b>TOP 17)</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>Top 17b</b>	Berichtswünsche	

**Herr Sulimma** hat einen schriftlichen Berichtswunsch zur Schrottimmoblie Farger Straße 117.

**Herr Imhoff** bittet um einen schriftlichen Bericht der Verwaltung zur Baggergutdeponie in Seehausen. Dort gebe es Ablagerungen von Bauschutt. Er bittet um Auskunft, in welcher Form dies genehmigt ist bzw. was dort genau abgelagert wird. Zudem bittet er um Auskunft, ob es Genehmigungen für das Schreddergut gibt, welches dort verarbeitet wird.

**Herr Saxe** bittet um einen schriftlichen Bericht der Verwaltung zur Totholzproblematik im Zusammenhang mit der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer.

**Herr Strohmann** spricht die gut funktionierende Grüne Welle auf der Hafenrandstraße an. Leider gebe es lange Wartezeiten an den Ampeln, um auf die Hafenrandstraße zu gelangen, so dass dort massive Rückstaus zu verzeichnen sind. Eine bilaterale Beantwortung durch das ASV sei ausreichend.

**Herr Strohmann** spricht die sog. Anbiethalle (Ecke Konsul-Smidt-Straße) an und bittet um einen kurzen Sachstand zu der Immobilie.

<b>TOP 17)</b>	<b>Verschiedenes</b>	
<b>Top 17c</b>	Planungen Bremens zur B 212n / Zeitungsartikel im Delmenhorster Kurier	

**Herr Imhoff** bezieht sich auf einen Zeitungsartikel im Delmenhorster Kurier. Danach prüfe Bremen unabhängig von Niedersachsen, ob die B 212n auf Bremer Gebiet vorzeitig bis zur Landesgrenze entstehen könne. Er bittet hierzu um eine Stellungnahme des Ressorts.

**Herr Polzin** erklärt, dass die Planungen zur B 212n in enger Abstimmung mit Niedersachsen laufen. Die DEGES habe einen klaren Auftrag dies zu tun. Diese werde selbstverständlich getan, ohne eine Vorfestlegung bezüglich der westlichen oder östlichen Umfahrung von Delmenhorst zu treffen.

**Herr Staatsrat Golasowski** dementiert ebenfalls die Aussagen in dem Zeitungsartikel.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 10. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll